



Helge Lindh

Mitglied des Deutschen Bundestages

Helge Lindh, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Flüchtlingsrat NRW

Birgit Naujoks

Wittener Straße 201

44803 Bochum

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

☎ (030) 227 774 52

📠 (030) 227 704 53

✉ helge.lindh@bundestag.de

Berlin, 13. Juli 2018

Sehr geehrte Frau Naujoks,

herzlichen Dank für Ihren Offenen Brief für eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik, auf den ich, als zuständiger Berichterstatter im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen aus der Landesgruppe NRW der SPD-Bundestagsfraktion antworten möchte.

Einleitend möchte ich aus unserem Fünf-Punkte-Plan für eine europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik zitieren, der am 2. Juli 2018 vom SPD-Parteivorstand beschlossen wurde:

„Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung und gewähren denjenigen Schutz, die vor politischer oder religiöser Verfolgung oder vor einem Krieg fliehen und ihr Leben bei uns in Sicherheit bringen wollen. Wir sind eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Das Recht auf Asyl ist in unserem Grundgesetz fest verankert. Wir gewähren diesen Schutz aus der Verantwortung, die aus dem gemeinsamen Menschsein erwächst. Und auch weil wir wissen, dass viele Deutsche nur durch Asyl in anderen Ländern Schutz vor dem Terror der Nazis fanden.“

Die SPD bewahrt Haltung in einer Zeit, in der Populisten, Hetzer und Demokratiefeinde die Ängste der Menschen füttern und dafür die Geflüchteten instrumentalisieren. Auch Teile der Bundesregierung stimmten aus wahltaktischen Erwägungen zuletzt in dieses Spiel mit der Angst ein: Ein Bundesinnenminister, der mit der Schaffung von Sicherheit betraut ist, produzierte allgemeine Unsicherheit. Die SPD verspricht keine einfachen Antworten auf komplexe Fragen: Wir wollen echte und nachhaltige Lösungen, besser: wertebasierte Regeln, Entscheidungen und Handlungen in der Asyl- und Migrationspolitik, wie wir sie zuletzt in unserem 5-Punkte-Plan vorgelegt haben.

Die zentralen Forderungen unseres 5-Punkte-Plans haben auch Eingang in die Vereinbarung zur Asyl- und Migrationspolitik mit der CDU und CSU im Koalitionsausschuss gefunden: Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt. Es gibt eine Lösung mit und nicht gegen Europa. Nationale Alleingänge sind ausgeschlossen. Mitgliedsstaaten mit besonderen Herausforderungen werden unterstützt. Das Einwanderungsgesetz wird noch in diesem Jahr im Kabinett beschlossen. Asylverfahren werden beschleunigt. Rechtsstaatliche Verfahren sind garantiert. Es wird keine einseitigen Zurückweisungen an der Grenze geben.

Schließlich, und dieser Punkt war Ihnen in Ihrem Anschreiben besonders wichtig: Es wird keine geschlossenen Transitzentren geben. Die Einrichtung sogenannter „Transitzentren“ oder „Transitzonen“ hat die SPD bereits im Jahr 2015 entschieden abgelehnt. Sie stand für uns nie zur Diskussion. Die Koalitionsparteien haben sich stattdessen auf die Durchführung von Transitverfahren an der deutsch-österreichischen Grenze geeinigt. Bevor ich weiter



Helge Lindh

Mitglied des Deutschen Bundestages

darauf eingehen werde, wie diese Vereinbarung konkret ausgestaltet werden soll, möchte ich gern Folgendes zur grundsätzlichen Einordnung dieser Maßnahme sagen:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir stehen aber gleichzeitig auch für eine geordnete Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die sozialdemokratische Asylpolitik folgt klaren Regeln: Denjenigen, die Schutz bedürfen, gewähren wir Schutz. Diejenigen, die keinen Schutzanspruch haben, müssen wieder in ihre Heimat oder in einen sicheren Drittstaat zurückkehren. Denn wenn wir uns zu einer humanen und geordneten Asylpolitik bekennen, müssen wir auch folgenden Grundsatz berücksichtigen: Das Recht auf Asyl beinhaltet nicht das Recht, sich das europäische Land aussuchen zu können, in dem man Asyl erhält. Die konsequente Anwendung und Durchsetzung dieses Grundsatzes ist eine wichtige Voraussetzung für breite gesellschaftliche Akzeptanz und das wirksamste Gegenmittel gegen gesellschaftliche Spaltung und Hetze.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD zugestimmt, dass Personen an der deutsch-österreichischen Grenze, die bereits in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union einen Asylantrag gestellt haben (EURODAC Cat. 1-Eintrag), künftig direkt in das zuständige Land zurückgewiesen werden, sofern mit diesem Mitgliedstaat ein Verwaltungsabkommen abgeschlossen wurde. In den Fällen, in denen die Grundlage eines Verwaltungsabkommen nicht gegeben ist, soll die Zurückweisung an der deutsch-österreichischen Grenze auf Basis einer zu treffenden Vereinbarung mit Österreich erfolgen. Sofern die betreffenden Personen nicht unmittelbar in die bestehende Unterbringungsmöglichkeit im Transitbereich des Flughafens München gebracht werden und von dort aus in den Erstaufnahmestaat zurückkehren können, werden sie für das Transitverfahren bis zu 48 Stunden in bestehenden Einrichtungen der Bundespolizei untergebracht. In dieser Zeit soll die Rückreise in den Erst-Registrierungs-Staat organisiert werden. Dabei wird es für Familien und besonders schutzwürdige Personen gesonderte Räume in den Unterkünften geben. Wie beim bestehenden Flughafenverfahren reisen die Personen rechtlich nicht nach Deutschland ein. Das Vorgehen erfolgt im Rahmen des geltenden Rechts. Gesetzesänderungen sind nicht erforderlich.

Diese Vereinbarung kann allerdings nur dann umgesetzt werden, wenn es entsprechende Abkommen zur Rückführung mit den betreffenden EU-Mitgliedstaaten, darunter Griechenland, Spanien und Italien, gibt. Auch über die diesbezügliche Bereitschaft der Republik Österreich, Geflüchtete aus Staaten zurückzunehmen, mit denen es keine Rücknahmeabkommen gibt, liegen noch keine verlässlichen Erkenntnisse vor. Die diesbezüglichen Verhandlungen liegen in der Verantwortung des Bundesinnenministers. Das werden gewiss nicht einfache Gespräche sein, die Horst Seehofer zu führen hat – mit ungewissem Ausgang.

Horst Seehofer hat in seiner kurzen Amtszeit als Bundesinnenminister schon viele Forderungen gestellt und große Ankündigungen in Bezug auf die Asyl- und Flüchtlingspolitik gemacht. Umgesetzt wurde davon bislang wenig. Viele seiner Pläne sind wieder in einer Schublade verschwunden und nicht mehr aufgetaucht. Wir werden sehen, wie es sich mit den Transitverfahren verhalten wird. Zumal Herr Seehofer selbst klargestellt hat, dass diese Maßnahme nach derzeitigem Stand etwa 150 Menschen im Monat in Bayern betreffen wird. Das sind nach Seehofers Angaben zwischen zwei und fünf Geflüchtete pro Tag – und damit weit weniger als zunächst angenommen.

Der in den letzten Wochen bespielloos in der Öffentlichkeit ausgetragene Streit zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer hat erheblichen Schaden angerichtet. Der öffentlich zur Schau getragene Machtkampf zwischen der Bundeskanzlerin und dem Bundesinnenminister und die präsentierten Pseudolösungen zu einer angeblichen Wende in der Asylpolitik haben



Helge Lindh

Mitglied des Deutschen Bundestages

für große Verunsicherung gesorgt und Ängste geschürt resp. verstärkt, anstatt selbige einzuhegen und abzubauen – innerhalb und außerhalb Deutschlands. Die SPD hat in der Zeit deeskalierend auf ihren Koalitionspartner eingewirkt und zugleich sachorientiert an wirklichen Lösungen unter den gegebenen Bedingungen gearbeitet. Dies spiegelt auch die Einigung der Regierungskoalition im Koalitionsausschuss wider. Es ist ein umfassender Ansatz der Integrations- und Asylpolitik, der den Wünschen nach Steuerung gerecht wird und Verunsicherungen ernst nimmt, gleichzeitig aber humanitäre Standards verteidigt und verzichtet, auf dem Rücken von Geflüchteten wahltaktische und sonstige Manöver auszutragen. Zugleich plädieren wir vehement für die Realisierung praktischer Integrationspolitik, die die Lebensrealität einer Migrationsgesellschaft wahrnimmt, aus dem jahrzehntelangen Desinteresse an sozialer Inklusion gelernt hat und sich dem Rückzug auf reine Begrenzungsdebatten verweigert.

Denn wir alle sollten wissen:

Man spielt nicht mit Angst, man spielt nicht mit einer Regierung, man spielt nicht mit der Demokratie, man spielt nicht mit der Bevölkerung, man spielt nicht mit Deutschland, man spielt nicht mit Europa.

Denn wenn man das allzu riskant tut, gibt es eine Gewinnerin und ansonsten nur Verlierer. Gewinnerin ist die Angst und mit ihr diejenigen, die ihren Lebenssaft eben aus dieser Angst ziehen. Verlierer sind die Regierung, die Demokratie, die Bevölkerung, Deutschland, Europa.

Sehr geehrte Frau Naujoks, im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der Landesgruppe NRW der SPD-Bundestagsfraktion möchte ich mich für Ihren Einsatz für Geflüchtete bedanken! Ihr Mahnen und Ihre realitätsgesättigte Fachkompetenz sind eine wichtige Kontrollinstanz für unser politisches Handeln. Zudem gebührt Ihnen besonderer Dank für das alltägliche Ringen um die Menschenwürde der Geflüchteten und ihre Chance, hier ohne Verfolgung und Drangsalierung Sicherheit und Ruhe zu finden. Sie geben Schutzbedürftigen eine starke Stimme und setzen sich für ein Zusammenwachsen unserer Gesellschaft ein. Bitte seien Sie versichert, dass Sie dabei die SPD auf Ihrer Seite wissen können.

Mit freundlichen Grüßen

im Namen der Landesgruppe NRW der SPD-Bundestagsfraktion

Herzliche Grüße

Helge Lindh, MdB